

Ein Dossier von ENGAGEMENT GLOBAL in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

Partnerschaftlich verbunden

Städte, Gemeinden und Landkreise engagieren sich gemeinsam in Deutschland, Nordafrika und im Nahen Osten – für eine lebenswerte Zukunft

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



mit ihrer

SERVICESTELLE
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Kommunaler Austausch baut Brücken:
Vertreterinnen und Vertreter
deutscher und palästinensischer
Kommunen in Jericho im September
2017.

Foto: Engagement Global/Alaa Ajouri



Editorial



Dr. Jens Kreuter
ist Geschäftsführer von
Engagement Global –
Service für Entwicklungsinitiativen.

Liebe Leserinnen und Leser,

seit dem „Arabischen Frühling“, der 2011 seinen Ausgang nahm, ist die Region Naher Osten und Nordafrika in starkem Wandel begriffen. Sie ist in den Köpfen vieler Europäerinnen und Europäer präsenter geworden und in den Fokus der politischen Diskussion gerückt – nicht zuletzt durch die Menschen, die bei uns in Europa Zuflucht suchen. Dabei reichen die engen Beziehungen zu Deutschland viel länger zurück; schon vor Jahrhunderten ging von den Ländern am südlichen und östlichen Mittelmeer und ihren reichen Kulturen eine große Faszination aus, die sich bis heute erhalten hat.

Viele Staaten der Region sind trotz ihrer unterschiedlichen politischen Entwicklungen mit Ähnlichem konfrontiert: wachsende Bevölkerung, knappe Ressourcen sowie hohe Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig gibt es vielerorts eine Aufbruchstimmung und hohe Motivation für Wandel und Modernisierung. Kommunen spielen hier eine zentrale Rolle und setzen bereits innovative Projekte um. Städte und Gemeinden aus Deutschland können mit ihrem Know-how dortige Kommunen unterstützen, den Herausforderungen auf der lokalen Ebene zu begegnen, und selbst vom Wissensaustausch profitieren.

Auf den folgenden Seiten erhalten Sie vielfältige Einblicke in Partnerschaftsprojekte und Initiativen. Ob Abfallmanagement, Aufbau einer bürgernahen Verwaltung oder stärkere Teilhabe von Jugendlichen – alle diese Aktivitäten tragen im Sinne der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zur Bewältigung globaler Aufgaben bei. Neugierig geworden? Ob klein oder groß – jede Gemeinde, jede Stadt, jeder Landkreis ist eingeladen, sich vor Ort zu engagieren. Wir unterstützen Sie gerne!

Mit besten Grüßen

Ihr
Dr. Jens Kreuter

Inhalt

3 Gemeinsam Lösungsansätze entwickeln

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen im Nahen Osten und Nordafrika
Stefan Wilhelmy, Nadja Bonarius und Wencke Müller

6 Unter Kollegen

Im direkten Fachaustausch bringen Expertinnen und Experten ihr Know-how in der MENA-Region zur Wirkung
Benjamin Jeromin

8 Jugend gestaltet Stadt

Wie 17- bis 27-Jährige aus Stuttgart und Menzel Bourguiba einen Ort verändern wollen
Christine Rohrer

10 Auf dem Weg zur Partnerschaft

Fünf Allgäuer Gemeinden wollen libanesischen Kommunen zur Seite stehen
Ingrid Grohe

12 „Ein anderer Blick auf eigene Werte“

Interview mit Johannes Hill von der Stadtverwaltung Trier

14 Es wird ein Bürgerpark!

Jendouba und Wolfsburg füllen ihre kommunale Entwicklungspartnerschaft mit Leben
Christine Rohrer

16 Zwischen Rebellion und Global City

Stadtentwicklung in Marokko
Raffael Beier

18 Kommunale Selbstverwaltung

Leipzig lotet im Prozess der Dezentralisierung in Marokko Handlungsspielräume für Bürgerbüros aus
Silvia Haas

20 Fragiles Umfeld, stabile Partnerschaften

Wie deutsche Kommunen die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen in Palästina unterstützen
Wencke Müller und Hans Frühauf

22 Engagement möglich machen

Finanzielle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik

Gemeinsam Lösungsansätze entwickeln

Partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen im Nahen Osten und Nordafrika



Gemeinsam Ideen erarbeiten: Diskussionen bei der Auftaktkonferenz des Projektes „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ im September 2016 in Bamberg.

Foto: Engagement Global/Martin Magunia

| Stefan Wilhelmy, Nadja Bonarius und Wencke Müller

Klimawandel, Migrationsbewegungen und zunehmende Verstädterung – weltweit stehen Kommunen vor den gleichen Herausforderungen. Ein Instrument, um gemeinsam lokale Lösungen für globale Fragen zu entwickeln, ist die kommunale Zusammenarbeit. Gerade die Kooperation deutscher Kommunen mit Kommunen im Nahen Osten und in Nordafrika bietet hier große Möglichkeiten.

Kommunale Partnerschaften sind ein wichtiger Bestandteil von Entwicklungspolitik. Mehr als 650 deutsche Kommunen pflegen solche Beziehungen zu Städten und Gemeinden in Afrika, Asien, Lateinamerika sowie Südosteuropa. In der Vergangenheit waren die Gründe für eine Partnerschaft oft politisch motiviert oder von der Idee geprägt, Hilfe zu leisten. Heute stehen zunehmend eine gleichberechtigte Partnerschaft und der Wunsch im Vordergrund, nachhaltige Entwicklung gemeinsam zu gestalten. Kommunen haben sich bis vor einigen Jahren mit partnerschaftlichen Beziehungen in Konfliktregionen bewusst zurückgehalten. Doch hier hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen. Kommunen sind stärker motiviert, auch in konfliktreichen Regionen

gezielt zur Stabilisierung und Verbesserung der Lebensbedingungen vor Ort beizutragen und werden dabei über die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt. Die persönliche Beratung sowie praktische, finanzielle und personelle Unterstützung wurden in den vergangenen Jahren stark ausgebaut, um den vielfältigen Interessen gerecht zu werden und auch die Zusammenarbeit mit Kommunen in Transformationsländern oder sensiblen Regionen zu unterstützen.

Wertvoll ist die Kooperation für beide Seiten. Die Akteure in den Partnerstädten profitieren

Unverzichtbar für die Umsetzung globaler Ziele

Die Bedeutung von Kommunen im Geflecht der politischen Ebenen wird seitens nationaler Regierungen und internationaler Organisationen immer stärker anerkannt. Das elfte globale Entwicklungsziel der Agenda 2030, die 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet wurde, fordert dazu auf, Städte inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu machen. Auch für die Umsetzung anderer Ziele sind Kommunen unverzichtbar: Sie können eine belastbare Infrastruktur oder nachhaltige Energie für alle schaffen und zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 und die New Urban Agenda, die auf der UN-Konferenz Habitat III zu Wohnen und nachhaltiger Stadtentwicklung 2016 verabschiedet wurde, weisen Städten und Gemeinden eine zentrale Rolle auf dem Weg hin zu einem zukunftsfähigen Planeten zu.

von langjährigen Erfahrungen deutscher Kommunen in der kommunalen Selbstverwaltung, die deutschen Akteure erhalten Einblick in neue Lösungsansätze und Denkweisen. Die Formen der Zusammenarbeit sind vielfältig: Sie reichen von internationaler Vernetzung im Rahmen von Veranstaltungen über zeitlich begrenzte Arbeit an konkreten Projekten bis hin zu langjährigen offiziellen Städtepartnerschaften.

| Eine Region im Wandel

Immer mehr deutsche Städte und Gemeinden bauen Kommunalbeziehungen mit Städten und Gemeinden im Nahen Osten und in Nordafrika (auch: Middle East and North Africa, MENA) auf. Die MENA-Region erstreckt sich südlich des Mittelmeeres von Marokko bis Ägypten und östlich des Mittelmeeres vom Jemen über die Länder der arabischen Halbinsel bis nach Syrien und Irak. Schon lange ist sie mit Konflikten konfrontiert: Seit sieben Jahren tobt der Bürgerkrieg in Syrien, der die gesamte Region erschüttert. Im Jemen spielt sich seit 2015 eine humanitäre Tragödie ab. Und auch eine Lösung im seit Jahrzehnten andauernden israelisch-palästinensischen Nahostkonflikt erscheint fern. Der Arabische Frühling, der 2011 in Tunesien begann, leitete dagegen in einigen

Über 82 Prozent der jordanischen Bevölkerung leben in Städten – ein Blick auf die Ausläufer der Hauptstadt Amman.

Ländern viele positive Umbrüche ein – beispielsweise in Form von Transformationsprozessen, die auch vielgestaltige Veränderungen auf kommunaler Ebene beinhalten.

Schon seit vielen Jahren sind die Staaten der MENA-Region wichtige Partner der deutschen Entwicklungspolitik, die das Ziel hat, einen Beitrag zur Stärkung und Befriedung der Länder zu leisten. Während das kommunale Engagement aus Deutschland in der Region noch bis vor ein paar Jahren schwach ausgeprägt war und sich auf einige Partnerschaften mit Kommunen in den palästinensischen Gebieten und den Maghreb-Staaten beschränkte, zeigt sich heute ein ganz anderes Bild: Die Zahl der Partnerschaften in die palästinensischen Gebiete hat sich seit 2011 verdreifacht und auch das Engagement in der Maghreb-Region wächst stark. Außerdem haben deutsche Kommunen inzwischen zahlreiche partnerschaftliche Verbindungen in die Anrainerstaaten Syriens geknüpft. Dieser Auftrieb in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit liegt unter anderem an den rasanten Entwicklungen, die die MENA-Region jüngst durchlaufen hat, und ihrer wachsenden weltpolitischen Bedeutung.

| Mehr Mitbestimmung für Kommunen?

Das Streben nach starken Regionen und mehr Entscheidungsgewalt auf kommunaler Ebene geht weit in die Vergangenheit zurück. Es hat mit den Aufständen während des Arabischen Frühlings jedoch eine neue Intensität erlangt. Auch die Syrien-Krise hat den Blick auf die Kommunen in der Region noch einmal geschärft, denn sie tragen die Hauptlast bei der Aufnahme Millionen Geflüchteter. So auch die Städte im Libanon; in dem kleinen Land machen Geflüchtete aus Syrien heute über ein Viertel der Bevölkerung aus. In ihrer Not haben die dortigen Kommunen in den letzten Jahren gelernt, strategisch zu planen und Ressourcen zu mobilisieren. Kommunen wünschen sich, dass diese Handlungs- und Entscheidungskompetenzen im Sinne einer Dezentralisierung institutionalisiert werden. Im Libanon

Das Streben nach mehr Entscheidungsgewalt auf kommunaler Ebene ist während des Arabischen Frühlings weiter gewachsen.



Foto: Wencke Müller

wird zurzeit ein Entwurf für ein neues Dezentralisierungsgesetz diskutiert, der erstmals 2014 eingebracht wurde.

Auch in anderen Ländern des Nahen Ostens, wie beispielsweise in Jordanien oder in den Palästinensischen Gebieten, ist die Stärkung der kommunalen Ebene von Bedeutung. Mit dem wegweisenden Dezentralisierungs- und Kommunalwahlgesetz von 2015 wurden in Jordanien die Zusammensetzung und die Zuständigkeiten der lokalen Verwaltung teilweise neu geregelt. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Stadträte haben dadurch mehr Kompetenzen bekommen. Sie können seither beispielsweise über Veränderungen in den Bereichen Müllabfuhr,

Straßenbau, öffentliche Grünanlagen oder lokale Wirtschaftsförderung selbstständig entscheiden. Außerdem wurde im August 2017 erstmals auf Basis der neuen Gesetze kommunal gewählt. In den Palästinensischen Gebieten verabschiedete

das zuständige Ministerium 2017 eine neue kommunale Sektorstrategie.

Die Maghreb-Länder Algerien, Marokko und Tunesien unterscheiden sich stark in ihren politischen Systemen, dennoch gibt es in allen drei Ländern Tendenzen zu stärkerer Dezentralisierung. Themen wie politische und finanzielle Selbstbestimmung auf kom-



Kommunale Experten aus Algerien und Marokko bei einer Studienreise zu Fachkollegen in Ludwigsburg. Thema des Austauschs: Stadtentwicklung und partizipative Prozesse.

Foto: Engagement Global

munaler Ebene, Bürgernähe und partizipative Stadtentwicklung sind in den gesellschaftlichen Debatten präsent und finden Eingang in legislative Bestimmungen.

In Tunesien begann mit der neuen Verfassung von 2014, in der Dezentralisierung explizit verankert ist, ein institutioneller Wandel. Nach ihrer Verabschiedung gab es die ersten regulären Parlaments- und Präsidentschaftswahlen. Am 6. Mai 2018 fanden außerdem erstmals landesweit Kommunalwahlen statt. Nur zehn Tage vor diesen Wahlen wurde das Gesetz zur Ausgestaltung der Dezentralisierung erlassen (*Code de collectivités locales*). Künftig sollen beispielsweise Gemeinderäte die wichtigsten Entscheidungsträger einer Stadt sein und über öffentliche Daseinsvorsorge, Planungen zur Stadtentwicklung und die Verwendung von Budgets bestimmen.

Die Bevölkerung Marokkos erlebte 2011 eine Verfassungsreform, mit der die Dezentralisierung und Regionalisierung des Landes in den Fokus gerückt wurden. Eine Besonderheit im Königstaat ist, dass es auf den meisten Verwaltungsebenen eine Doppelstruktur aus ernannten und gewählten Vertretern gibt, die die Entscheidungsstrukturen bestimmen. In den nationalen Entwicklungsplänen der konstitutionellen Monarchie lassen sich auch Prinzipien der Agenda 2030 finden.

Im Vergleich mit Tunesien und Marokko sind die Kompetenzen der Kommunen im zentralistischen Präsidialsystem Algerien stärker eingeschränkt. Dennoch gelten die städtischen Verwaltungen als wichtige

Schnittstellen, um strukturelle Veränderungen umzusetzen. Seit einer Verfassungsreform 2016 gibt es außerdem – zumindest in der Theorie – eine stärkere Gewaltenteilung im Staat.

| Nicht nur die Städte wachsen

Alle diese Länder verbindet eine hohe Bevölkerungsdichte in den Städten. Der sogenannte Urbanisierungsgrad liegt in der MENA-Region bei 65 bis 75 Prozent. In den nächsten 20 Jahren wird ein Anstieg auf bis zu 80 Prozent erwartet, das heißt auf denselben Wert wie aktuell in Deutschland. Diese zunehmende Verstädterung hat große Auswirkungen auf die kommunalen Strukturen, den Lebens- und Sozialraum und die Infrastruktur insgesamt.

Auch die demografischen Entwicklungen prägen die Gesellschaften in erheblichem Ausmaß. Der Anteil der jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren an der Gesamtbevölkerung macht in der Region 30 Prozent aus. In Deutschland lag dieser Wert 2016 gerade einmal bei knapp elf Prozent. Laut Internationaler Arbeitsorganisation weist die MENA-Region mit durchschnittlich um die 30 Prozent weltweit die höchste Jugendarbeitslosigkeit auf.

Umstrukturierungen auf regionaler und kommunaler Ebene, wachsende Städte und hohe Jugendarbeitslosigkeit sind drei Herausforderung von vielen in der MENA-Region.

Trotz der heterogenen Probleme und Systeme gibt es viele gemeinsame Linien wie Stärkung der lokalen Ebene, nachhaltige Stadtentwicklung oder Bürgerbeteiligung. Mit diesen zentralen Themen setzen sich die Akteure bereits in kommunalen Partnerschaften auseinander. Erfahrungen und Impulse geben sie dabei weiter – untereinander und auch an neue Engagierte in der Partnerschaftsarbeit, deren Anzahl stetig wächst. | |



Dr. Stefan Wilhelm ist Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Nadja Bonarius ist Projektleiterin „Kommunale Partnerschaften Nordafrika“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Wencke Müller ist Projektleiterin „Kommunale Partnerschaften Nahost“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.

Unter Kollegen

Im direkten Fachaustausch bringen Expertinnen und Experten ihr Know-how in der MENA-Region zur Wirkung

| Benjamin Jeromin

Die Hürden für den Austausch von kommunalem Wissen können hoch erscheinen – gerade dann, wenn die Situation der Kommunen so unterschiedlich ist wie in Deutschland und der MENA-Region. Fachgespräche und kollegiale Beratung zu konkreten Themen bieten jedoch einen schnellen, niedrighschwelligsten Einstieg und sind für beide Seiten ein Gewinn.

Über mittel- und langfristig angelegte Partnerschaften tauschen Kommunen ihre Erfahrungen und ihr Wissen aus und setzen gemeinsame Projekte um. Die Expertise, die sie aufgebaut haben, ist dabei eine wertvolle Ressource. Doch auch ein offener, niedrighschwelliger Fachaustausch, unabhängig von bestehenden Partnerschaftsbeziehungen, ist möglich: So können Expertinnen und

Experten ihr Know-how passgenau und bedarfsgerecht dort einbringen, wo es besonders benötigt wird.

Einen unkomplizierten Einstieg bieten Dialogveranstaltungen, Studienreisen und die Entsendung von Experten. Bei diesen Formaten treffen Fachleute zusammen und helfen sich durch kollegiale Beratung gegenseitig, konkrete Aufgaben, die sich vor Ort stellen, zu bewältigen. Dabei wird nicht nur Wissen weitergegeben: Die Praktikerinnen und Praktiker bilden grenzüberschreitende Netzwerke, arbeiten Projektideen aus und bewirken so mit ihrem lokalen Fachwissen positive Veränderungen in der MENA-Region.

| Dialogveranstaltungen: Fachlicher Austausch öffnet Türen

So haben sich beispielsweise die Städte Sfax (Tunesien), Deir Alla und Kerak (Jordanien) sowie der Kommunalservice Jena, die AWR Abfallwirtschaftsgesellschaft Rendsburg-Eckernförde mbH und die Stadtwerke Düsseldorf im direkten Fachaustausch beraten und Projektideen ausgearbeitet. In zwei Fällen mündete

die Beratung anschließend in geförderte Partnerschaftsprojekte.

Über viele Jahre hat der Kommunalservice Jena eine große Expertise in der Abfalltrennung und -sammmlung aufgebaut. Dass dieses Know-how auch über Ländergrenzen hinweg Wirkung entfalten kann, wurde bei einer internationalen Dialogveranstaltung in Amman im November 2016 deutlich. „Bei der Veranstaltung ging es um unsere ureigenen Themen“, so Martina Hicke, Geschäftsbereichsleiterin kommunale und zentrale Dienste. Und es blieb nicht bei dem einmaligen Austausch unter Kolleginnen und Kollegen, denn die jordanische Stadt Deir Alla hat einen hohen Bedarf an Beratung zu Abfallplanung und Getrenntsammlung. „Durch unsere gezielte Beratung vor Ort können wir viel bewirken“, erläutert Hicke. Heute arbeiten die Kommunen, die zuvor keinen Kontakt miteinander hatten, intensiv zum Thema Bioabfallentsorgung zusammen. Aus dem einmaligen Fachgespräch bei einer Veranstaltung wurde eine partnerschaftliche Zusammenarbeit.

| Studienreisen: Know-how vor Ort erfahren

„Für kommunale Betriebe ist die internationale Weitergabe von Know-how keine Selbstverständlichkeit“, gibt Ralph Hohenschurz-Schmidt, Geschäftsführer der AWR mbH des Kreises Rendsburg-Eckernförde, zu bedenken. Er fügt hinzu: „Wir haben eine gewisse Verpflichtung, Menschen, die große Lasten schultern, zu unterstützen.“ Dafür stellt die AWR mbH ihr Know-how kostenfrei zur Verfügung. Hohenschurz-Schmidt bereitet derzeit ein Trainingsmodul für Vertreterinnen und Vertreter aus dem jordanischen Kerak vor. Im Zuge dieses Trainings werden sie den Betrieb einer Kompostanlage, die sich in der im Kreis liegenden Gemeinde Borgstedt befindet, genau studieren.

Die partnerschaftliche Zusammenarbeit nahm ihren Anfang während einer Studienreise im März 2017. Dort stellten Expertinnen und Experten aus Borgstedt und Kerak fest, dass das Know-how der AWR mbH zu dem Beratungsbedarf in Jordanien passt. „Ausschlaggebend für die Zusammenarbeit war im Endeffekt die fachliche Passung“, so Hohenschurz-Schmidt. In fachlicher Hinsicht



Im Rahmen einer Studienreise besichtigen jordanische Expertinnen und Experten das Entsorgungszentrum in Eschweiler (März 2017).

Foto: Engagement Global

Lokale Expertise international verfügbar machen



Grafik: Engagement Global

profitiere vor allem die jordanische Partnerkommune. Für ihn selbst besteht der Zugewinn darin, mit einem anderen Kulturkreis in Kon-

takt zu kommen und global Verantwortung zu übernehmen. Damit rechtfertigt sich auch der Aufwand: Die zeitaufwändige Projektanbahnung und die Kommunikation über kulturelle Grenzen hinweg verlangen den Beteiligten einiges ab.

Für Sajeda Rahaifeh, Leiterin der Stadtverwaltung von Kerak, kommt der Wissensaustausch zur richtigen Zeit: „Wir verfügen bereits über die Infrastruktur und die Fahrzeuge – nun benötigen wir die Fortbildung, um diese richtig einzusetzen.“

| Expertenentsendungen: Kurzer Einsatz, große Wirkung

Die Expertise kommunaler Praktikerinnen und Praktiker kommt auch durch einmalige, gezielte Beratung zu konkreten Fragestellungen zur Geltung. Die Beratung hilft den Kommunen, Potenziale und Risiken eigener Projekte abzuschätzen. „Es ist angenehm, die eigenen Erfahrungen zur Verfügung stellen zu können, ohne dabei gleich die Verantwortung für eine Projektleitung übernehmen zu müssen“, sagt Gabi Schock. Sie ist Referentin für Kommunalpolitik bei den Stadtwerken Düsseldorf, die soziale Vielfalt fördern und

Fachaustausch über die Städteplattform Connective Cities. Dialogveranstaltungen, Studienreisen oder Entsendungen von Experten sind oft der erste Schritt in Richtung partnerschaftliche Zusammenarbeit.

internationales Engagement unterstützen. So konnte Schock ihre Expertise eigeninitiativ in Tunesien einbringen, über einen Kurzeinsatz vor Ort zum Thema Recycling von Bauschutt. Das Erfolgsrezept für derartige Beratungsbesuche mit einer Dauer von wenigen Tagen: Gar nicht erst versuchen, mit fertigen Lösungen anzukommen.

„Ziel ist es nicht, das eigene Wissen überzustülpen und sich als Lehrmeister zu präsentieren“, meint Schock. Als angereiste Expertin und Gast habe sie die Funktion eines Spiegels. Dazu gehöre auch, die richtigen Fragen aufzuwerfen. Bei der zu errichtenden Bauschuttrecycling-Anlage im tunesischen Sfax bemerkte sie zum Beispiel, dass die Wirtschaftlichkeit nicht genügend berücksichtigt worden war. Schock erinnert sich: „Für die Kommunalvertreter aus Sfax war das schmerzlich zu hören, denn sie dachten, sie wären schon viel weiter.“ Aber auch Unterstützung bei der Fehlervermeidung ist ein Beitrag zum Erfolg eines Projekts.

| Großer Beratungsbedarf

Abfallwirtschaft ist einer der Schwerpunkte des Wissensaustauschs in der MENA-Region. Doch Expertise ist auch in vielen anderen Feldern kommunaler Dienstleistungen gefragt, wie zum Beispiel in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Bildung, Tourismus oder Stadtentwicklung. Das trifft insbesondere auf Kommunen zu, die mit den Umwälzungen des Arabischen Frühlings konfrontiert sind. Die Bevölkerung wächst vielerorts rasant, zahlreiche junge Menschen suchen nach Arbeitsmöglichkeiten. Zugleich müssen die Städte und Gemeinden mit den Folgen von Konflikten und Fluchtbewegungen in der Region umgehen. Kollegiale Beratung und der internationale Austausch unter Fachleuten unterstützt die Kommunen bei der Bewältigung dieser Herausforderungen – und bereitet den Weg für eine weitergehende partnerschaftliche Kooperation. ||

Connective Cities

Connective Cities, die internationale Plattform für nachhaltige Stadtentwicklung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, der GIZ und des Deutschen Städtetags, fördert kollegiale Beratung und den Austausch guter Praktiken. Sie unterstützt diesen Austausch auf Augenhöhe, zum Beispiel durch eine Datenbank kommunaler Expertinnen und Experten. Darüber hinaus ist Connective Cities Teil der Initiative Kommunales Know-how für Nahost. Darüber hinaus ist Connective Cities Teil der Initiative Kommunales Know-how für Nahost, über die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert wird.

Weitere Informationen:
www.connective-cities.net
www.initiative-nahost.de



Benjamin Jeromin
 ist Projektleiter für
 Connective Cities bei der
 Servicestelle Kommunen
 in der Einen Welt von
 Engagement Global

Jugend gestaltet Stadt

Wie 17- bis 27-Jährige aus Stuttgart und Menzel Bourguiba einen Ort verändern wollen

| Christine Rohrer

Es mangelt an Freizeitmöglichkeiten, außerschulischen Bildungsangeboten, bürgerschaftlichem Engagement – so empfinden es einige junge Menschen aus Menzel Bourguiba in Tunesien. Gemeinsam mit Jugendlichen aus der Partnerstadt Stuttgart wurden sie in einem Jugendaustausch mit dem Titel „Local Empowerment – Akteure stärken und vernetzen“ dazu befähigt, selbst den gewünschten Wandel anzustoßen.

Wenn Youssef Kerkeni in Stuttgart spazieren gehen will, muss er nur etwa 20 Minuten vorher zuhause los, obwohl er in Tunesien lebt. Denn in seinem Wohnort Menzel Bourguiba wurde ein grüner Erholungsort nach der deutschen Partnerstadt benannt – der Park Stuttgart. Er ist der einzige Park der Stadt und ein beliebter Treffpunkt. Doch auch dort fehlt es, wie überall in der Stadt, an Infrastruktur für Sport, Musik und andere kulturelle Aktivitäten. Einen *Open space* zu schaffen, an dem junge Menschen ihre Zeit sinnvoll und kreativ miteinander verbringen können, das ist das Ziel Kerkenis. Sein Projektantrag an die Stadtverwaltung beginnt so: „61.919 Einwohner in Menzel Bourguiba, davon 43,85 Prozent zwischen 10 und 39 Jahren, und kein einziger Basketball-Platz!!!“, und geht weiter: „Bei einer Arbeitslosenquote von 14 Prozent haben Jugendliche hier nicht viel zu tun, außer (...) mit einer Packung Zigaretten im Café zu sitzen.“

„Was möchte ich in Menzel Bourguiba verändern?“ Mit dieser Frage hat sich nicht nur der 22-Jährige beschäftigt. Sie stand im Zentrum des deutsch-tunesischen Jugendaustauschs, an dem er 2017 gemeinsam mit neun anderen jungen Erwachsenen seiner Stadt und sieben Stuttgartern teilgenommen hat. Die Stadt Stuttgart involvierte ihre Partnerstadt, beantragte Fördermittel des Auswärtigen Amtes im Rahmen einer deutsch-tunesischen Transformationspartnerschaft und begleitete die Projektdurchführung. Für die praktische Umsetzung waren der Stadtjugendring als Dachverband der Jugendvereine Stuttgarts und der Verein *interchange* verantwortlich.

| Die Vielfalt der Vereine nutzen

Als Ausgangspunkt des Projekts nennt Melis Schmid, Projektverantwortliche bei der Abteilung Außenbeziehungen der Stadt Stuttgart, das sich seit der Revolution in 2011 rasant entwickelnde Vereinswesen in Menzel Bourguiba. Sie erklärt: „Viele Leute sind Mitglied in Vereinen; deren unterschiedliche Aktivitäten sind aber wenig bekannt und die Möglichkeiten eines Vereins werden nicht voll genutzt.“ Gemeinsam mit den anderen Akteuren entstand die Idee, junge Vereinsmitglieder so zu stärken und zu qualifizieren, dass sie selbstständig internationale Austauschvorhaben und Projekte in der Stadtgesellschaft Menzel Bourguibas umsetzen können. Über die Verbindung mit Jugendlichen der Partnerstadt sollen Einblicke in die vielfältige Ausgestaltung von Vereinsarbeit in beiden Kommunen ermöglicht werden.

Dieses Projekt ist eines von vielen, das Stuttgart mit der nordtunesischen Stadt am Mittelmeer in den letzten Jahren realisiert hat. Im

Mittelpunkt ihrer Kooperationen steht die Stärkung demokratischer Werte, zum einen durch Austausch auf politischer Ebene, zum anderen durch Begegnungen der Bürgerinnen und Bürger beider Städte und gemeinsame Projektarbeit. Vor allem der Bereich der Jugendbildung verbindet die Städte seit Beginn ihrer Partnerschaft 1971, also seit fast 50 Jahren. Zurzeit findet halbjährlich ein „Runder Tisch Nordafrika“ in Stuttgart statt, um sich unter anderem mit der aktuellen Lage in Tunesien zu beschäftigen. Im April 2018 wurde eine *Arab Business Conference* in Menzel Bourguiba vom Arab Business Center Stuttgart und der Stuttgarter Stadtverwaltung veranstaltet. Und auch der jüngste Jugendaustausch trägt Früchte: Von der Theorie geht es nun an die Projektumsetzung.

| Start-ups fördern

Franziska Fahrback, eine Teilnehmerin auf Stuttgarter Seite, möchte eine App nach Menzel Bourguiba bringen. Dafür hat sie sich mit



Foto: Julian Stief

Praxisluft schnuppern und neue Kontakte knüpfen: Beim interkulturellen Kinderfest in Stuttgart konnten die Teilnehmenden des deutsch-tunesischen Trainings an Informationsständen der Vereine mitarbeiten. Auch Oberbürgermeister Fritz Kuhn lernte dort die Jugendlichen kennen.

einer der tunesischen Teilnehmerinnen zusammengetan. Über die App sollen Nutzerinnen und Nutzer auf einen Stadtplan von Menzel Bourguiba gelangen, auf dem sie Markierungen setzen und Notizen hinterlassen können. So hätten alle Interessierten eine Plattform, auf der mitgeteilt werden kann, wo sie sich in der Stadt welche Veränderung wünschen. „Die Idee ist, dass man über die App sagen kann: Hier ist das Problem, ich würde das gerne lösen und benötige dafür Geld“, führt die 25-Jährige aus. Beispielsweise könnte darüber auf den herumliegenden Müll im Park Stuttgart oder auf Vandalismus aufmerksam gemacht werden. Über einen Button ließe sich für die Problembeseitigung spenden. Sobald ein zuvor angesetztes Budget erreicht wäre, könnte die Person, die auf den Missstand hingewiesen und einen Lösungsvorschlag unterbreitet hat, loslegen. Geplant ist, ein Start-up in Tunis zu finden, das die App in Zusammenarbeit mit deutschen Entwicklerinnen und Entwicklern programmiert. „Unser Wunsch ist außerdem,



Foto: Julian Sieß

dass man die lebendige Start-up-Kultur in Tunesien und Deutschland durch weitere Austauschprojekte stärker vernetzt“, erläutert Fahrbach.

Die Basis für die Projektarbeit wurde während zweier Workshops im Sommer 2017 in Stuttgart und im Herbst in Menzel Bourguiba geschaffen. Das deutsch-tunesische Team mit Julian Sieß und Hiba Majdoub von interchange e.V. sowie Bettina Szotowski, Bildungsreferentin des Stadtjugendrings Stuttgart, legte Wert auf die Blickwinkel der Jugendlichen beider Partnerstädte. Kerkeni erinnert sich: „Es war genau das, was ich gebraucht habe. Obwohl ich schon davor aktiv war, konnte ich noch nicht viel bewirken: Ich war alleine, hatte kein Netzwerk und mir fehlten grundlegende Kompetenzen wie Projektorganisation, -leitung und -management.“

Szotowski liegt besonders die Verknüpfung des Lokalen mit dem Internationalen am Herzen. Sie betont: „Ein internationaler Austausch ist nichts Abstraktes, losgelöst von lokalen Themen. Internationales ist nicht Kür: Wir leben in einer Welt, in der man es mit Lokalem zusammen denken muss.“ Aus diesem Grund wurde während der Workshops schnell an konkreten Projektideen für die Stadtgesellschaft in Menzel Bourguiba gefeilt. Alle diese Ideen enthalten als einen Baustein weitere deutsch-tunesische Jugendbegegnungen. „Über Austausch lässt sich mehr Aufmerksamkeit für die Projekte bekommen, das Netzwerk und der Horizont aller Beteiligten erweitert sich“, benennt Szotowski einige der vielen Vorteile.

| Alternativen finden

Neben App und Jugend-Treffpunkt entstanden in den Workshops drei weitere Ideen: ehren-

amtliches Engagement aufwerten, sowohl Schulen besser ausstatten, als auch außerschulische Bildungsangebote schaffen und bereits Aktive zu Projektmanagement und Sponsoring beraten. Szotowski kommentiert: „Spannend eigentlich, dass die Themen gar nicht so weit weg sind von dem, was wir hier in Stuttgart im Jugendbereich machen. Nur: Die Rahmenbedingungen sind in Menzel Bourguiba anders.“

Kerkeni scheiterte mit seinem Projektantrag bislang an den städtischen Verwaltungsstrukturen. Noch hat er keine Erlaubnis dafür, den von ihm ausgewählten Platz im öffentlichen Raum umzugestalten. Doch er gibt nicht auf. Um seine Idee eines Sportplatzes und eines Areals mit Bühne und einfachem Musik-Equipment, auf dem Jugendliche gemeinsam Musik machen können, trotzdem zu realisieren, hat er sich mit dem Schulprojekt zusammenschlossen: Ein Schulhof soll nun – im Rahmen eines internationalen Jugendpartizipationsprojekts – umgestaltet werden und in den Ferien und schulfreien Zeiten als öffentlicher Raum nutzbar sein. Mit seiner Mentorin Szotowski arbeitet das Team daran, über das EU-Programm Erasmus+ finanzielle Unterstützung zu bekommen. Auch das haben sie während ihres Trainings gelernt: Es gibt nicht nur einen Weg. ||



Christine Rohrer
ist freie Redakteurin.

Die anfängliche Scheu verflog mit dem ersten Tag: Gruppendynamische Übungen sorgten bei der Begegnung in Tunesien für eine lockere und offene Atmosphäre zwischen den Jugendlichen.



Auf dem Weg zur Partnerschaft

Fünf Allgäuer Gemeinden wollen libanesischen Kommunen zur Seite stehen



Foto: Engagement Global

Gastgebende aus Rachiine im Nordlibanon tauschen sich mit ihrem Besuch aus dem Allgäu aus.

Es geht um Organisation und Infrastruktur. In Bereichen wie Wasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung sind deutsche Gemeinden Spezialisten. Die Allgäuer Gremien wollten zunächst ausloten, ob und wie Gemeinden beispielsweise im Libanon helfen können – und schickten 15 Frauen und Männer auf eine Sondierungsreise. Die SKEW machte sie vorab in einem dreitägigen Seminar mit dem Zielland vertraut.

Im November 2017 waren die Allgäuer dann im Libanon unterwegs und lernten ihn in seinen Gegensätzen kennen: Vorbei an imposanten Hochhäusern in Beirut und improvisierten Behausungen für Geflüchtete führten sie in den fruchtbaren Nordlibanon. In der Bekaa-Ebene lernten sie die Gemeinde Ghazzé kennen, deren Bevölkerung geschätzt 7000 Menschen gezählt hatte, bevor 36.000 Frauen, Männer und Kinder aus Syrien dazugekommen waren. Da wunderte es nicht, dass die Infrastruktur nicht mehr funktionierte. Auch dass die 3000 Bewohnerinnen und Bewohner des Dorfs Bwarej im Libanon-gebirge in ihren Häusern zusammenrückten, um 800 Geflüchteten ein Dach über dem Kopf zu bieten, nötigte den deutschen Gästen Respekt ab. Sie begegneten dem unbeirrbar Willen von Bürgermeistern, die auf verschiedensten Wegen versuchten, die Lebensumstände zu verbessern.

| Die Probleme vor Ort verstehen

Die Probleme der Gemeindechefs waren offensichtlich: Müll säumte die Straßen, nicht entwässerte Fahrbahnen verwandelten die Zeltstädte, in denen viele Geflüchtete leben, bei Regen in Schlammlöcher. Die Dorfschulen wirkten viel zu klein, einheimische und geflüchtete Kinder erhielten Unterricht im Schichtbetrieb. In den Klassenzimmern trafen die Allgäuer auf fröhliche Jungen und Mädchen syrischer Familien: Die Schule ist ihre einzige Möglichkeit, für ein paar Stunden die triste Lager-Umgebung hinter sich zu lassen.

| Ingrid Grohe

Entwicklungspolitik war lange kein Thema für Heimenkirch, Gestratz, Hergatz, Opfenbach und Amtzell. Das änderte sich mit den Geflüchteten, die in den vergangenen Jahren Deutschland erreichten und auch von kleinen Dörfern auf dem Land untergebracht wurden. Den fünf Allgäuer Gemeinden ist es nicht genug, sich mit den Fluchtgründen zu beschäftigen: Sie greifen die Initiative des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auf, Kommunen in Nahost zu unterstützen.

Im Heimenkircher Gemeinderat fielen Anfang 2017 emotionale Worte, als der Bürgermeister das Projekt von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller vorstellte. Die Idee, den Menschen in den Aufnahmelän-

dern rund um Syrien zur Seite zu stehen, leuchtete ein. Ratsmitglied Sölve Kanetzki etwa sagte: „Vielen Menschen geht es so schlecht – jetzt ist es an der Zeit, dass wir uns auf den Weg machen und schauen, wie wir helfen können.“ Auch Mandatsträger in Gestratz, Hergatz, Opfenbach und Amtzell sahen die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ als sinnvolle Ergänzung zur Arbeit mit Geflüchteten in ihren Gemeinden.

In Diskussionen wurde jedoch auch Skepsis laut: Wie sollen Allgäuer Gemeinden helfen können – ist Entwicklungspolitik nicht in Berlin besser angesiedelt? Welche Kompetenzen besitzen die Gemeinden? Und: Ist eine solche Unterstützung nachhaltig? Antworten erhielten 80 Bürgerinnen und Bürger bei einer Informationsveranstaltung mit Referenten der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW). Sie hörten von den Problemen der Dörfer und Städte im Nahen Osten, die Geflüchtete aus Syrien aufnehmen. Und sie bekamen mögliche Anknüpfungspunkte für Projektpartnerschaften genannt:

**Dorfschule in Bwarej: Beengte
Verhältnisse halten die
Schülerinnen und Schüler nicht
vom Lernen ab.**

Es fehlt an vielen Ecken und Enden im Libanon. Die Besucherinnen und Besucher sahen einige Bauruinen in den Dörfern – oft gut gemeinte Projekte für Gesundheitsversorgung, Bildung oder Sport, die aus Geldmangel oder wegen bürokratischer Hürden gescheitert sind. Manchmal hatten auch verkrustete Strukturen oder Vetternwirtschaft den Erfolg vielversprechender Initiativen verhindert. Die Gastgeber zeigten den Allgäuern teils ineffiziente Müllsortierungsanlagen, Flächen, auf denen Abwasser versickerte, nicht gefasste Trinkwasserquellen und Wasserreservoirs, die durch wilde Mülldeponien vergiftet werden.

„An diesem Punkt standen wir vor 50 Jahren“, stellte in manchen Momenten Paul Locher fest, ehemaliger Bürgermeister von Amtzell. Still und nachdenklich wurden die Allgäuer in Flüchtlingslagern; für sie schwer vorstellbar, wie Menschen in Zelten und notdürftig gezimmerten Brettverschlägen vier, fünf Jahre ausharren. Die Hoffnung auf Rückkehr hält sie dort. Erschüttert sagte Johannes Buhmann, Bürgermeister aus Gestratz, zu einem Mann: „Ich wünsche Ihnen, dass der

Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“

Der seit 2011 in Syrien herrschende Bürgerkrieg hat Millionen Syrerinnen und Syrer zur Flucht gezwungen. Die wichtigsten Erstaufnahmeländer sind die drei Nachbarstaaten Jordanien, Libanon und die Türkei. Bei der Versorgung der Menschen stehen sie vor großen Herausforderungen. Zahlreiche deutsche Kommunen verfügen über Wissen und Erfahrungen, die vor Ort gebraucht werden. Deswegen hat das BMZ ein Projekt aufgelegt, das die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Aufnahmekommunen in Nahost und deutschen Kommunen fördert. Die Initiative wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global gemeinsam mit der Internationalen Städteplattform Connective Cities umgesetzt.

Weitere Informationen:
www.initiative-nahost.de



Foto: Engagement Global

Krieg in Ihrer Heimat bald aufhört.“ Der Mann antwortete müde: „Das hoffe ich am allermeisten.“

In den Rathäusern nahmen sich Gastgeber und Besuch viel Zeit für Gespräche. Jenseits des Austauschs von Höflichkeiten gingen sie in die Tiefe – und verdeutlichten die Dimensionen der Probleme. Mancher libanesischer Bürgermeister fürchtete, dass die Stimmung in seiner Kommune kippen könnte. Wenn das geschähe, hätten die Menschen keine andere Wahl, als ihre Flucht fortzusetzen: in Richtung Europa.

Um den Menschen vor Ort eine Perspektive zu verschaffen, ist es der deutschen Regierung wichtig, Kommunalpartnerschaften mit dem Nahen Osten zu fördern. Die Westallgäuer sehen zudem einen ideellen Gewinn: Völkerverständigung in einer Welt, die durch Migrationsbewegungen immer enger zusammenwächst. „Wir wollen der libanesischen Bevölkerung zeigen, dass wir ihr zur Seite stehen“, sagte Heimenkirchs Bürgermeister Markus Reichart. Als sich die Allgäuer am Ende der achttägigen Reise noch einmal mit einigen libanesischen Kollegen trafen, entstanden bereits erste Ideen für partnerschaftliche Zusammenarbeit.

| Im Gemeinderat überzeugen

Doch noch hatten die Delegierten kein Mandat für Partnerschaften. Daheim mussten sie die Zustimmung von Bevölkerung und Gemeinderäten gewinnen. Bei drei Informati-

onsveranstaltungen in den Dörfern überzeugten die Delegationsmitglieder mit gut aufbereiteten Referaten. Fragen nach Finanzierung und organisatorischer Unterstützung beantworteten Vertreterinnen und Vertreter der SKEW und des BMZ auf einer Sondersitzung der fünf Gemeinderäte. Schließlich beschlossen alle Kommunalparlamente Ende 2017 und Anfang 2018, Partnerschaften mit libanesischen Gemeinden einzugehen und sie dadurch nachhaltig zu unterstützen.

Gestratz, Heimenkirch, Opfenbach, Hergatz und Amtzell gründeten den Interkommunalen Libanon-Ausschuss Allgäu. Inzwischen gibt es regen Kontakt zwischen dem Allgäu und dem Libanon; ein Gegenbesuch fand im Mai 2018 statt. Die Gäste besichtigten unter anderem einen Zweckverband für Abfallwirtschaft, Wasserspeicher, landwirtschaftliche Betriebe und eine Biogasanlage. Und ein Projekt ist bereits bewilligt: der Aufbau einer Zeltschule für geflüchtete syrische Kinder in Bar Elias. Damit verbunden ist ein kommunaler Wissensaustausch zwischen den Gemeinden Gestratz und Bar Elias zur Qualitätssicherung des Unterrichts.



Ingrid Grohe
ist stv. Leiterin der Lokalredaktion Weiler (Westallgäu) und Kulturredakteurin bei der Allgäuer Zeitung.

„Ein anderer Blick auf eigene Werte“

Interview mit Johannes Hill von der Stadtverwaltung Trier

Im Rahmen des Programms „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ arbeitet die Stadt Trier seit 2016 mit Chefchaouen in Marokko zusammen. Auch mit Mohammedia und Tétouan steht Trier in partnerschaftlichem Kontakt.

Herr Hill, Sie sind frisch zurück aus Marokko.

Hill: Ja, und es gab schon kritische Stimmen hier in Trier. Die wollen wissen, was ich da unten mache, welche Kosten der Stadt dadurch entstehen. Verständnis für solche eher ungewöhnlichen Projekte zu bekommen, ist manchmal nicht ganz einfach, weil Marokko in den Schlagzeilen oft nicht positiv überkommt.

Inwiefern?

Hill: Als ich die Zusammenarbeit anfang, gab es die Vorfälle auf der Domplatte in Köln – die Übergriffe in der Silvesternacht 2015/16. Viele Leute assoziieren Marokko direkt mit solchen Vorgängen in Deutschland. Sie können sich nicht vorstellen, dass es ein ziemlich modernes Land ist mit einer guten Infrastruktur, demokratischen Strukturen und Partizipa-

Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland

Die Bundesregierung stärkt die Länder und Kommunen in der MENA-Region mit einer Vielzahl an Instrumenten. Eines davon ist das Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Es fördert den Wissens- und Erfahrungsaustausch auf Basis gemeinsamer Projekte in Algerien, Marokko und Tunesien. Dadurch werden Verwaltungsstrukturen gestärkt und die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort verbessert.

<https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>



Foto: Privat

Johannes Hill ist Umweltberater und Umweltkoordinator beim Amt für Bauen, Umwelt, Denkmalpflege der Stadtverwaltung Trier.

tionsmodellen, die teilweise interessanter sind als unsere. Auch deswegen sind Projekte wie „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ so wichtig – damit man diese Länder besser kennenlernt.

Mit welchen Themen beschäftigen Sie sich?

Abfallwirtschaft war der Einstieg in die Projektpartnerschaft mit Chefchaouen. Das war auch das Leitthema einer Hospitation der Marokkaner hier in Trier in diesem Jahr, die gemeinsam mit dem Zweckverband A.R.T. organisiert wurde. Es gibt aber noch andere Felder: Unsere Partner haben verschiedene Ziele im Bereich der Erneuerbaren Energien, zum Beispiel Solar-Kollektoren fürs Schwimmbad, Gebäude mit Photovoltaik, verbessertes kommunales Energiemanagement. *Smart Lighting* ist ein weiteres Thema, beispielsweise sollen historische Gebäude mit LED beleuchtet werden. Gender und Bürgerbeteiligung sind zudem ein vom König landesweit angesetzter Schwerpunkt.

Was passiert aktuell mit dem Müll in Marokko?

Die Abfallwirtschaft wird dort komplett neu aufgebaut. Es gibt einen ehrgeizigen Plan: Bis 2021 sollen 55 neue Deponie-Standorte gebaut werden. In der Stadt Mohammedia haben wir schon eine neue, moderne Deponie gesehen, in Chefchaouen gibt es dagegen eine Müllkippe, auf der alles nur abgeladen wird. Dort wird jetzt ganz neu über interkom-

munale Abfallwirtschaft nachgedacht. Es ist allerdings das eine, eine hochwertige Deponie zu bauen. Das andere ist, die Bevölkerung zu sensibilisieren: Wie kann ich motivieren, Müll getrennt zu sammeln? Diese Diskussion hatten wir hier Anfang der 1990er Jahre auch. Wir versuchen zu vermitteln, dass dieser Prozess nicht in ein, zwei Jahren abgeschlossen sein kann. Bei uns hat es zehn Jahre gebraucht, bis die Mülltrennung wirklich gut angelaufen ist. Ich denke, da können wir viele Erfahrungen austauschen.

Mohammedia hat fast doppelt so viele Einwohner wie Trier, Tétouan dreieinhalbmal so viele. Lassen sich Erfahrungen aus Trier überhaupt auf diese Städte übertragen?

Deponietechnik sieht überall ähnlich aus, Unterschiede gibt es im Bereich der Bürgersensibilisierung. Unsere Partner müssen dort in ihren Stadtvierteln auch mit Themen umgehen, die wir nicht kennen. So hat Mohammedia beispielsweise ein großes Problem mit wilden Hunden, die aggressiv sind, Tollwut haben können und sich bei den Müllcontainern aufhalten. Es ist in den Haushalten nur sehr wenig an Infrastruktur und Bewusstsein für Mülltrennung vorhanden. Man kann Lösungen nie eins zu eins übertragen, aber ich bin optimistisch, dass unsere Abfallexperten da unterstützen können. Und wir dürfen nicht überheblich sein und denken, „sie machen dort noch nichts“. In anderen

Tobias Elsen vom „Zweckverband Abfallwirtschaft Region Trier“ erläutert den Basisaufbau einer modernen Deponie.



Foto: A.R.T. Trier

Eine Lkw-Ladung Sperrabfälle wird in Trier vor den Augen der marokkanisch-deutschen Delegation in holzige und andere Bestandteile sortiert.

Bereichen sieht es völlig anders aus: Wie toll sie in Tétouan Stadtplanung betreiben; wie wunderbar sie Grünflächen integrieren; wie Kommunikationsorte im öffentlichen Raum geschaffen werden, wo die Leute sitzen und sich unterhalten können – also Park statt Parkplatz sozusagen! Das haben wir auch hier in Trier, aber die Grünflächen sind nicht immer so ansprechend, sie regen nicht im selben Maße an, dort Zeit zu verbringen und miteinander in Kontakt zu kommen. Da bin ich manchmal ein bisschen neidisch.

Projekte sind meist klar begrenzt. Wann soll Ihr Projekt enden?

Wir stehen am Anfang, wir haben über vieles gesprochen und auch Projektideen dazu entwickelt, beispielsweise den Bau eines Infocenters für Ökotourismus in traditioneller Lehmbautechnik. In Deutschland würde man sagen, man definiert Meilensteine und die werden abgearbeitet. Mit Marokko ist das nicht so locker durchzuziehen.

Wie gehen Sie damit um?

Manchmal wird man ungeduldig, weil man eigentlich schon weiter sein will. Da muss man schauen, dass man sich anpasst an die Geschwindigkeit. Andererseits: Wir denken immer in Meilensteinen und die Politik fragt, „wo ist der Mehrwert?“. Ich finde, es gibt nicht die richtigen Indikatoren, um den Mehrwert zu erfassen, den man im Kopf erzeugen kann: Weitblick, Überblick, Vorausschau. Und denken Sie an Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Bei uns in Trier ist aktuell der Aktionsplan Kommunale Entwicklungspolitik in Arbeit. Darin sind Aufgaben aufgeführt wie „Projektpartnerschaft mit dem Globalen Süden anstreben, Hospitationsangebote entwickeln, Zusammenarbeit im Bereich Fairer Handel“. Diesen Aktionsplan könnte man mit unserem Wissenstransfer-Projekt verknüpfen und die Ziele darüber umsetzen, das passt gut zusammen. Und es ist wie überall: Wir arbeiten auf kommunaler Ebene, aber kommunale Strukturen sind träge – in

„Ich warne davor, dass man als Indikator nur ein schnell umgesetztes Projekt sieht.“



Foto: ART, Trier

Deutschland wie in Marokko. Deshalb gilt es immer, die NGOs einzubinden und sie auf dem Weg mitzunehmen.

Kommunale Projektpartnerschaften bereichern auf vielfältige Art und Weise. Was steht für Sie im Zentrum?

Persönliche Begegnung ist natürlich sehr wichtig. Und dann auch das Umsetzen von konkreten Projekten. Wenn ich aber nur an die Projektumsetzung denke, dann kann ich ganz schnell enttäuscht sein. Man bekommt einen anderen Blick auf die eigenen Werte, das ist eine wichtige Erfahrung. Ich warne davor, dass man als Indikator nur ein schnell umgesetztes Projekt sieht. Wir müssen den Austausch und das Sammeln von Erfahrungen auch sehr hoch schätzen. Ich drücke es gerne mit dem Scheinwerfermodell aus: Wenn man ein Thema hat und es von verschiedenen Seiten beleuchtet wird, bringt das immer einen großen Mehrwert für alle, einen erweiterten Horizont.

Städte und Gemeinden tragen in Zeiten der zunehmenden Urbanisierung eine große Verantwortung. Sind Sie da in Trier auf einem guten Weg?

Viele deutsche Städte, Trier gehört auf jeden Fall dazu, beschreiten intensiv den Weg hin

zum nachhaltigen Umbau einer Stadt. Das ist ein Thema mit hoher Priorität. Mit dem Aktionsplan Kommunale Entwicklungspolitik, der diesen Herbst präsentiert wird, verstetigen wir beispielsweise zielgerichtet die Zusammenarbeit mit Partnern im Globalen Süden.

Wir haben gerade eine neue Organisationsstruktur im Rathaus und mit engagierten Institutionen initiiert, das „partizipative Klimaschutzmanagement“. Politische Parteien, die kommunale Ebene, die Bürgerschaft, NGOs, Institutionen – alle arbeiten zusammen beim Thema Anpassung an den Klimawandel. Fairer Handel und Partizipationsprozesse, diese Bereiche sind personell im Büro des Oberbürgermeisters verankert. Mit „Trier mitgestalten“ haben wir eine Online-Plattform für Bürger-Ideen, die schon mehrmals bundesweit ausgezeichnet wurde. Wir haben eine ganze Reihe von Organisationsformen – meist Vereinen –, die von der Kommunalverwaltung mit angestoßen worden sind. Wir haben parallel dazu die Eine-Welt-Läden, die Friedensbewegungen, die Faire Bewegung und viele mehr – diese Netzwerke sind in der Bürgerschaft verankert. Ich denke, zusammen sind wir da auf einem guten Weg in Trier, aber den müssen wir nun weitergehen. | |

Die Fragen stellte
Christine Rohrer, freie Redakteurin.

Es wird ein Bürgerpark!

Jendouba und Wolfsburg füllen ihre kommunale Entwicklungspartnerschaft mit Leben

| Christine Rohrer

Im tunesischen Jendouba entsteht ein neuer Stadtteilpark. Das Besondere: Er wird gemeinsam mit der Stadt Wolfsburg geplant und umgesetzt. Aus einer langjährigen Städtefreundschaft ist eine entwicklungspolitische Projektpartnerschaft erwachsen. Ergänzend zu Besuchen mit repräsentativem Charakter tauschen sich die beiden Kommunen nun auch fachlich aus. Lernprozesse auf beiden Seiten und die Beteiligung der Bevölkerung am Entstehungsprozess des Parks stehen im Fokus des Projekts.

Skaten, kicken, an Fitnessgeräten trainieren – das soll bald dort möglich sein, wo jetzt noch ein ausgetrocknetes, sandig-steiniges Areal ist. Der wenig einladende Platz befindet sich in Ennour, einem Wohnviertel Jendoubas. Die Stadt liegt im Nordwesten Tunesiens, 50 Kilometer entfernt von der algerischen Grenze. Rund 107.000 Einwohnerinnen und Einwohner leben dort. Orte, an denen sich die Menschen treffen und beschäftigen können, sind sehr gefragt. Denn nicht nur im heißen Sommer mit durchschnittlich 36 Grad Celsius zieht es Jung und Alt hinaus auf die Straßen. Damit aus der brachliegenden Fläche ein ansprechender Treffpunkt wird, waren alle zur Mitarbeit am neuen Bürgerpark eingeladen. Insbesondere Jugendliche bekamen dadurch die Möglichkeit, ihre Zukunft im Viertel zu gestalten.

| Gemeinsame Historie

Wie viele tunesische Gemeinden steht auch Jendouba seit der Verabschiedung der neuen Verfassung vor der Aufgabe der Dezentralisierung. Im Rahmen der kommunalen Reformprozesse und angeregt durch das Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ traten Mitarbeitende der Stadt 2016 mit der Idee eines Bürgerparks an

Viele Gastarbeiter bei VW in Wolfsburg in den 1970er Jahren kamen aus der Region um Jendouba.

Wolfsburg heran. „Uns motiviert es, dieses Projekt partnerschaftlich mit einer Stadt zu verwirklichen, die bereits Erfahrungen mit dem Bau ähnlicher Plätze hat und in der viele aus Jendouba stammende Menschen leben“, erklärt Aida Ghazouani, Projektverantwortliche zur Gestaltung öffentlicher Räume in Jendouba.

Tunesien war nach Italien das Land, aus dem Volkswagen am Stammsitz Wolfsburg in den 1970er Jahren die meisten Gastarbeiter angeworben hatte. Viele von ihnen kamen aus der Region um Jendouba. Mittlerweile leben bereits ihre Kinder und Enkel in Wolfsburg. Einer der ehemaligen Gastarbeiter trug maßgeblich dazu bei, dass die beiden Stadtverwaltungen schon früh miteinander in Kontakt traten. Auf dem Papier besteht die Städtefreundschaft zwar erst seit 2010, jedoch hatten sich zuvor schon mehrfach Delegationen der Städte besucht.



Foto: Stadt Wolfsburg

Spray-Aktion auf dem Areal, auf dem der Bürgerpark entstehen soll. Die Aktion fördert die Identifikation der Anwohnerinnen und Anwohner mit dem Platz und seiner Neugestaltung.

Auch die Wolfsburger Lebenshilfe sowie eine Jugend-Fußballmannschaft bauten Verbindungen nach Jendouba auf, bis die Kontakte Ende 2011 mit Beginn des Arabischen Frühlings fast vollständig abbrachen.

| Unterstützung durch Fachämter und Spitze wichtig

Doch dann wurde der Kontakt wieder aufgebaut. Die beiden Städte haben ihre freundschaftlichen Beziehungen nicht nur wieder aufgenommen, sondern um eine kommunale Entwicklungspartnerschaft ergänzt. Diese Kooperationsform steht für eine zeitlich begrenzte, gleichberechtigte Zusammenarbeit an einem Projekt, das mit den globalen Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 im Einklang steht. Die Projektarbeit erweitert die Städtefreundschaft, die vor allem auf kul-

Ortsbesichtigung: Vertreterinnen und Vertreter beider Städte besprechen den Stand der Planungen.

turellem Austausch und repräsentativen Besuchen beruht, um fachliche Zusammenarbeit. Die Planung des Bürgerparks und seine Umsetzung geschehen im Rahmen des Projekts „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“, durchgeführt von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Dafür hat sich in der Wolfsburger Stadtverwaltung eine Projektgruppe gebildet. Beteiligt sind die Geschäftsbereiche Grün, Jugend, Integration, Internationales sowie das Bürgerbüro. „Die Arbeitsbelastung in den Geschäftsbereichen ist hoch, umso mehr freut es mich, dass wir sie zur Mitarbeit gewinnen konnten“, sagt Nora Mühling, Koordinatorin kommunaler Entwicklungspolitik der Stadt Wolfsburg. Und weiter: „Das ist nicht selbstverständlich, aber für das Gelingen des Projekts meines Erachtens eine Grundvoraussetzung.“ Sie ist auf das Fachwissen aus den Geschäftsbereichen angewiesen, denn Partnerschaftsarbeit ist zu einer Querschnittsaufgabe im Rathaus geworden. „Zudem ist die politische Verankerung durch einen Ratsbeschluss von großer Bedeutung“, betont Manfred Hüller, Leiter des Referats Repräsentation, Internationale Beziehungen.

Wie beide Seiten profitieren

Im Frühjahr 2017 bekam die Projektgruppe Besuch von zwei Mitarbeitenden der Stadt Jendouba. Die Wolfsburger erläuterten ihren Verwaltungsaufbau, zeigten Grün- und Spielflächen sowie laufende Projekte zur Jugend- und Bürgerbeteiligung. Baupläne aus Jendouba wurden gemeinsam weiterentwickelt. Aspekte wie die Aufteilung der Elemente auf dem Platz, die Auswahl geeigneter Oberflächenmaterialien, Bodenbeläge und Beleuchtung waren dabei Thema. Entstehen sollen neben einem Krabbel-Tunnel für die Kleinen Sitzbänke, eine Ballspielfläche, ein Skate- sowie ein kleiner Fitnessbereich. Von Anfang an war wichtig, dass alle aus der Bevölkerung eingegangenen Ideen aufgenommen und mit ihr gemeinsam auf Machbarkeit geprüft wurden.

Ghazouani empfing im darauffolgenden Herbst mit ihren Kolleginnen und Kollegen



Foto: Stadt Wolfsburg

die Wolfsburger Partner zum Gegenbesuch: „Wir haben eine warmherzige, respektvolle Beziehung. Die einzige Herausforderung war die Sprache – aber auch die haben wir gemeistert.“ Neben dem Platz im Viertel Ennour wurden kommunale Einrichtungen besichtigt. Vor allem tauschte sich die Gruppe mit den Bürgerinnen und Bürgern aus und verfeinerte die Baupläne.

Die Besuche und die Zusammenarbeit brachten beide Städte voran. Mühling führt aus: „Wir konnten zeigen, wie wir Plätze gestalten, wie Anwohner in Wolfsburg einbezogen werden. Das ist das Know-how, das wir vermitteln können.“ Oberbürgermeister Klaus Mohrs unterstreicht: „Parallel können sich die deutschen Beteiligten Wissen über Strukturen, Ressourcen und Herausforderungen im Maghreb aneignen und ihre Erfahrungen in Wolfsburger Vorhaben anwenden.“

Der Platz gehört allen

Besonders gefreut haben sich die Wolfsburger über eine Abschlussaktion, die ihre tunesischen Partner organisiert hatten. Drei Kisten gefüllt mit Spraydosen standen vor einem Trafo-Haus auf dem Areal, auf dem der Bürgerpark entstehen soll. Alle waren eingeladen, an diesem Punkt mit der Neugestaltung des Platzes zu beginnen. So versuchten sich die neugierige Nachbarschaft und die Vertreterinnen und Vertreter beider Stadtverwaltungen mit einer Dose in der Hand. „Viele Menschen kamen spontan dazu, es war ein tolles Gemeinschaftsgefühl“, so Mühling. „Am An-

fang stand ‚Herzlich willkommen‘ auf dem Häuschen. Und es gab auch einen Wolfsburger Wolf, der ein bisschen aussah wie ein Dinosaurier“, ergänzt sie schmunzelnd.

Hinter dieser Graffiti-Aktion stand die Idee, die Identifizierung der Anwohner mit dem Platz weiter zu fördern: Je mehr der Bürgerpark zu einem Projekt aller wird, desto besser werden die Nutzerinnen und Nutzer auf ihn achtgeben. Um die Leerung der Müll-eimer wird sich der städtische Entsorgungsdienst kümmern. Trotzdem ist es wichtig, dass vor allem die unmittelbare Nachbarschaft mithilft, den Platz sauber zu halten und vor Vandalismus zu schützen.

Über Facebook und andere Kommunikationskanäle bleiben alle Interessierten informiert. Jüngste Meldung: Eine Baufirma ist gefunden. Voraussichtlich im Spätherbst wird der Bürgerpark feierlich eröffnet. Wenn die Entwicklungspartnerschaft endet, bleibt die Freundschaft. Und wer weiß, vielleicht finden die beiden Städte erneut als Partner zusammen? Ideen gibt es bereits in vielen Bereichen: Vom Sport über Bildung und Tourismus bis hin zur Wirtschaft. Was es wohl beim nächsten Mal wird? | |



Christine Rohrer
ist freie Redakteurin.

Zwischen Rebellion und Global City

Stadtentwicklung in Marokko

| Raffael Beier

Im Königreich Marokko ist Nachhaltigkeit ein Modewort der Stadtplanung geworden – zumeist jedoch beschränkt auf Umweltaspekte. Wesentliche stadtplanerische Leitlinien gibt König Mohammed VI. vor, Kommunen müssen umsetzen, Bürgerinnen und Bürgern bleibt bisher wenig Einfluss.

Spätestens seit der UN-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 ist nachhaltige Stadtentwicklung zu einem globalen Leitbild geworden. Eines der zentralen Dokumente der Konferenz, die Lokale Agenda 21, betont die Bedeutung von dezentralen Institutionen und Bürgerteilhabe. Die königliche Stadtpolitik in Marokko jedoch zielt darauf ab, große Städte zu modernisieren und international zu vermarkten.

Des Königs Vision für Casablanca – Marokkos größte Metropole und wirtschaftliches Zentrum – ist eine Global City nach dem Vorbild Dubais. Sie soll Investorinnen und Investoren ins Land locken, den Tourismus ankurbeln und den ökonomischen Fortschritt Marokkos demonstrieren. Dafür entstehen derzeit eine

neue Waterfront mit einem gläsernen Turm als Landmarke, ein neues Finanzzentrum sowie ein umweltfreundliches Straßenbahnnetz. Neben diesen Großprojekten stehen auch die ärmeren Arbeiterviertel im Fokus der Stadtplanung.

| Notfall-Stadtplanung

In den als Slums stigmatisierten Vierteln wird eine Stadtpolitik betrieben, die der marokkanische Soziologe Abderrahmane Rachik als „Notfall-Stadtplanung“ beschreibt. Ihm zufolge treibt der marokkanische Staat dort städtebauliche Veränderungen nur voran, wenn er unter Druck gerät. So gingen Bewohnerinnen und Bewohner von Armenvierteln 1981 gegen den Preisanstieg bei Grundnahrungsmitteln auf die Straße. Die Politik reagierte darauf, indem sie einige dieser Viertel, sogenannte Bidonvilles, umsiedelte.

Bidonvilles sind oft bereits in der Kolonialzeit entstandene, selbstgebaute Siedlungen, in denen die Menschen ohne formellen Besitzanspruch wohnen. Wörtlich aus dem Französischen übersetzt bedeutet der Begriff Blechanisterstadt. In 2003 wurden diese Viertel nach den Selbstmordattentaten in Casablanca erneut zum Thema, da einige der Attentäter aus Bidonvilles kamen. König Mohammed VI

nahm die Ereignisse zum Anlass, um das Programm „Städte ohne Slums“ ins Leben zu rufen. Anschläge, Proteste und Revolten sind für das Königshaus der „städteplanerische Notfall“, auch weil sie das gewünschte Image Marokkos als politisch stabiler und wirtschaftlich starker Staat in Nordafrika – und somit Casablanicas Traum von der Global City – gefährden.

| Programm „Städte ohne Slums“

Das oberste Ziel des königlichen Programms lautet: Die Bidonvilles müssen weichen. Laut Ministerium sind etwa 400.000 Haushalte in 85 Städten Marokkos betroffen. Nach und nach wurden deren Bewohnerinnen und Bewohner in Neubauviertel an den Stadträndern umgesiedelt. Mit über 80 Prozent ist heute ein Großteil der Bidonvilles aufgelöst. Das Innenministerium und das Ministerium für Stadtentwicklung haben die Richtlinien des

Links: Ein Bidonville im Großraum Casablanca im Dezember 2016. Alle Viertel dieser Art müssen weg – das ist das Ziel des vom Palast vorgegebenen Programms „Städte ohne Slums“.

Rechts: „Casablanca Marina“, eines der Mega-Projekte der marokkanischen Metropole.



Fotos: Raffael Beier

Kurz vor dem Abriss: Bidonville Karyan Central im März 2015. Bei der Umsiedlung mussten 35.000 Menschen ihre Häuser verlassen.

Programms ausgearbeitet. Umgesetzt wird es über die halbstaatliche Wohnungsgesellschaft Al Omrane – auf lokaler Ebene von Präfekten des Innenministeriums überwacht. Mit den einzelnen Kommunen wurde jeweils ein Partnerschaftsvertrag geschlossen, der ihre unterstützende Rolle auf administrativer Ebene festhält. Städte erheben beispielsweise Zensusdaten und führen Lotterieverfahren durch, auf deren Basis die Grundstücke vergeben wurden.

Offiziell beinhaltet das Programm „Städte ohne Slums“ auch Elemente der Bürgerbeteiligung, *accompagnement social* genannt. Kritischen Stimmen zufolge geht es dabei jedoch im Wesentlichen darum, die Bevölkerung der Bidonvilles durch gezielten Informationsfluss von den schon vorher beschlossenen Bedingungen der Umsiedlungen zu überzeugen – Möglichkeiten für eine tatsächliche Einflussnahme existieren nicht. Von Projekt zu Projekt zeigen sich allerdings Abstufungen in der Interpretation des *accompagnement social*. Dies machen die beiden Beispiele Karyan Central und Ennakhil deutlich.

| Umsiedlung ist nicht gleich Umsiedlung

Karyan Central war eines der ältesten und bekanntesten Bidonvilles Marokkos. Die etwa 35.000 Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung mussten ab 2009 aus zentraler Lage in Casablanca in die zehn Kilometer entfernte Satellitenstadt Nouvelle Lahraouiyyine außerhalb der Stadtgrenze umziehen. Die Bevölkerung wurde einerseits über einige Punkte der anstehenden Umsiedlung informiert, andererseits aber auch systematisch manipuliert. Lediglich für einige ausgewählte Bewohnerinnen und Bewohner gab es eine Informationsveranstaltung, auf der die Vorgehensweise des anstehenden Umzugs bekanntgegeben wurde. Indem nur ein ausgesuchter Kreis eingeladen war, sollten Protest verhindert und vor allem einflussreiche Bewohner und Bewohnerinnen für das Projekt gewonnen werden. Darüber hinaus wurden im Rahmen des *accompagnement social* gezielt Falschinformationen gestreut, um von der Qualität der neuen Siedlung zu überzeugen.

In Ermangelung klar festgelegter Kriterien wurden Umsiedlungskonditionen oft individuell und auf Basis von Bestechung und Kor-



Foto: Raffael Beier

ruption ausgehandelt. Am Ende blieben trotzdem noch Menschen, die nicht überzeugt werden konnten. Im Mai 2016 vertrieben die lokalen Behörden in Zusammenarbeit mit Militär- und Polizeieinheiten die etwa 2500 Nicht-Umzugswilligen gewaltsam und zerstörten ihre Häuser.

Dass Umsiedlungen auch weniger autoritär durchgesetzt werden können, zeigt das Beispiel der Siedlung Ennakhil, wie von Christian Arandel und Anna Wetterberg in der Zeitschrift „Cities“ beschrieben. Auf königliche Initiative hin sollten die Menschen aus Ennakhil wenige Kilometer entfernt ein neues Zuhause finden. Grund dafür war die Lage des Bidonvilles in Sichtweite des internationalen Flughafens von Casablanca. Die Umsiedlung wurde jedoch zunächst durch zum Teil gewaltsame Proteste von Bewohnerinnen und Bewohnern verhindert. Über Mund-zu-Mund-Propaganda hatten sie von den Plänen erfahren – und auch vom finanziellen Eigenanteil, den alle für die neuen Apartments entrichten sollten. Daraufhin entschieden sich die Projektplanenden für ein alternatives Vorgehen.

Im Rahmen der königlichen Vorgaben wurde Raum für Bürgerbeteiligung geschaffen. Mit finanzieller Unterstützung der Agentur der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (USAID) richtete die nichtstaatliche Organisation RTI International ein Beratungsbüro in Ennakhil ein, das über zwei Jahre hinweg die Umsiedlung begleitete. Die Menschen in Ennakhil wurden darin bestärkt, sich aktiv in die Prozesse einzubringen. Zwi-

schen den Bewohnerinnen und Bewohnern und den lokalen Behörden konnte Vertrauen aufgebaut werden, das Büro bereitete ihre Verhandlungen vor und begleitete sie. Auf diese Weise konnten Konflikte abgeschwächt, Mitbestimmungsmöglichkeiten gestärkt und Umsiedlungskonditionen verbessert werden.

| Einfluss von Kommunen ist gering

Im Gegensatz zur Umsiedlung von Karyan Central konnte im Fall von Ennakhil mehr Transparenz geschaffen werden. Trotzdem ist der Einfluss von Kommunen und lokalen Partnern begrenzt. Die Entscheidung für eine Umsiedlung und damit gegen eine Verbesserung vor Ort fällt sowohl bei Karyan Central als auch bei Ennakhil das Königshaus. Die lokalen Behörden bleiben weiter gezwungen, zentralstaatliche und königliche Anweisungen umzusetzen. Dass hierbei nur wenig Gestaltungsspielraum für die Betroffenen bleibt, liegt auf der Hand. Doch ist am Beispiel von Ennakhil zu sehen, dass dieser enge Spielraum erfolgreich genutzt werden kann. Mit institutionalisierten Beteiligungsformen lassen sich Probleme, die mit den vorgegebenen Programmen einhergehen, zumindest abschwächen. | |



Raffael Beier

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklungsforschung und Entwicklungspolitik der Ruhr-Universität Bochum.

Kommunale Selbstverwaltung

Leipzig lotet im Prozess der Dezentralisierung in Marokko Handlungsspielräume für Bürgerbüros aus

| Silvia Haas

Bürgerbeteiligung, gute Regierungsführung und Verwaltungstransparenz sind in Marokko seit 2011 in der Verfassung verankert. Die Stadt Leipzig möchte dabei unterstützen, diese demokratischen Prinzipien umzusetzen und mit Leben zu füllen. In einem Kooperationsprojekt werden Chancen und Möglichkeiten zur Einführung von Bürgerbüros erarbeitet. Im März hat bereits das erste Büro in Tétouan eröffnet.

Wie ist ein Bürgerbüro aufgebaut? Welche Aufgaben übernimmt es? Wie können Verwaltung und Bürgerschaft von dem Nutzen überzeugt werden? Diese Fragen stellen sich Kommunen in Marokko, nachdem der König angekündigt hat, Ernst zu machen mit Bürgerbeteiligung. In diesem Bereich verfügt Leipzig über viel Erfahrung. Zusammen mit dem Landesbüro Marokko der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) tätig ist, möchte Leipzig die eigenen Erfahrungen weitergeben.

| „Leipzig weiter denken“

In Leipzig wird Partizipation großgeschrieben. Unter dem Dach der Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung „Leipzig weiter denken“ diskutiert die Stadt mit Bürgerinnen und Bürgern, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Fachleuten, Politik und Wissenschaft aktuelle Themen nachhaltiger Stadtentwicklung. Die Koordinierungsstelle legt das Fundament für eine neue Beteiligungskultur: seit 2012 mit eigenen Veranstaltungen zu Fragen der Stadtplanung und Stadtentwicklung sowie Befragungen und Online-Dialogen. Und seit Januar 2014 auch mit Beratung und Coaching für alle Bereiche der Stadtverwaltung.

Seit 2015 ist „Leipzig weiter denken“ außerdem mitverantwortlich für die Neuausrichtung des Leipziger Stadtbüros. Es dient

den Bürgerinnen und Bürgern als erste Anlaufstelle für ihre Anliegen, Hinweise, Hilfesuche und Ideen. Als Angebot der Stadt Leipzig soll es Bürgerschaft und Verwaltung an einen Tisch bringen. Dafür werden regelmäßig Bürgersprechstunden mit dem Oberbürgermeister und den Bürgermeistern organisiert. Sie finden zum Teil direkt in einzelnen Ortsteilen statt, verbunden mit kleinen Rundgängen durchs jeweilige Viertel. Neben diesen allgemeinen Sprechstunden gibt es auch Kindersprechstunden sowie Sprechstunden für Leipziger Unternehmen des Mittelstandes.

Zusätzlich zum Stadtbüro gibt es über das gesamte Stadtgebiet verteilt 15 Bürgerämter. Hier können die Leipzigerinnen und Leipziger notwendige Formalitäten erledigen, zum Beispiel Meldebescheinigungen, Personalausweise und Reisepässe beantragen.

| **Bürgerbüros als Modell für marokkanische Kommunen?**

Diese niederschweligen und dezentralen Angebote der Stadtverwaltung wurden Ende Oktober 2017 bei einem Workshop im Rahmen des Kooperationsprojekts zwischen KAS und SKEW vorgestellt. Er fand in

Ben Guerir statt, einer Kommune nahe Marrakeschs. Die etwa 70 Teilnehmenden kamen aus den Regionen, Kommunen und der Bürgerschaft. Die Ansätze aus Leipzig wurden interessiert diskutiert, bevor auf einer allgemeineren Ebene mögliche Ziele und Aufgaben eines Bürgerbüros gesammelt wurden. Die Themen reichten von Sensibilisierung der Verwaltung und Bürgerschaft über Kommunikation und Rolle der Presse – wichtig in einem Land ohne demokratische Tradition – bis hin zur Frage, wie sich das repräsentative politische System und Bürgerbeteiligung sinnvoll verbinden lassen. Mit diesen Themen sind auch deutsche Kommunen immer wieder konfrontiert.

Zu den ersten Ergebnissen des Workshops gehörte das ausdrückliche Plädoyer der Beteiligten für die zielgerichtete Nutzung unterschiedlicher Kommunikationskanäle zum Austausch zwischen Bürgerschaft und Verwaltung. Sowohl soziale Medien wie YouTube und Facebook als auch traditionelle Formen der Informationsvermittlung sind dabei denkbar. Auch über eine „Informationskarawane“, eine Art Aufreihung verschiedener Wagen mit Informationsmaterialien, könnten die Bürgerinnen und Bürger



Feierliche Eröffnung des ersten marokkanischen Bürgerbüros in Tétouan.

Foto: Mehdi Rais/Konrad-Adenauer-Stiftung, Landesbüro Marokko

in den verschiedenen Stadtvierteln angesprochen werden. Außerdem könne die lokale Presse helfen, die Idee und Aufgaben des Bürgerbüros bekannt zu machen.

| Tétouan macht es vor

Auch im Norden Marokkos, der lange Zeit politisch und infrastrukturell vernachlässigt wurde, ist heute Partizipation ein Thema auf kommunaler Ebene. Mit der Verfassungsänderung 2011 wurde die partizipative Demokratie gestärkt und die Rolle der Kommunen betont. Dies stellte Mohamed Ben Abdelkader, Minister für Reformen in der öffentlichen Verwaltung, in seiner Rede in Tétouan anlässlich der Eröffnung des ersten Bürgerbüros in der Region Tanger-Tétouan-Al Hoceima heraus. Feierlich wurde dort im März 2018 das erste Bürgerbüro Marokkos eingeweiht. Die 400.000 Einwohnerinnen und Einwohner hoffen darauf, dass die Verwaltung dort bald ihre Aufgaben schneller und effektiver erledigt als bisher. Ein erster wichtiger Schritt auf dem Weg, die Dezentralisierung mit Leben zu füllen, ist mit dem neuen Bürgerbüro in Tétouan gemacht.

Ein Bürgerbüro in ihrer Kommune muss aus Sicht der Teilnehmenden des Dialogforums eine Schnittstellenfunktion einnehmen und sich politisch neutral verhalten. Zum einen wäre das Ziel, allgemeine Informationen an die Bürgerinnen und Bürger zu vermitteln, zum anderen sie frühzeitig in Projekte der Stadtentwicklung einzubinden und Möglichkeiten zur Mitbestimmung aufzuzeigen. Komplizierte Sachverhalte sollten dabei möglichst gut verständlich vermittelt werden. Im Bereich der Kommunikation, darin waren sich alle Teilnehmenden einig, braucht es individuelle Ansprache, um die verschiedenen Zielgruppen wie zum Beispiel Frauen, Kinder und Jugendliche oder Menschen mit Behinderung zu erreichen. Nur so würde es möglich, beim Sammeln der Ideen die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger zu berücksichtigen, um sie dann zu analysieren und zu bearbeiten.

Der Erfahrungsaustausch und die Ideewerkstätten in Marrakesch und Tétouan waren ein Anfang. Sechs hochrangige Kommunalbeamte aus der Region Tanger-Tétou-

Vier Fragen an Dr. Helmut Reifeld, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), Landesbeauftragter für Marokko



Was ist Ihr Traum vom Bürgerbüro aus Sicht eines Bürgers beziehungsweise einer Bürgerin?

Dass ich dort sowohl Verwaltungsvorgänge auf den Weg bringen als auch politische Anfragen stellen kann, wie zum Beispiel „Was nutzt uns Bürgern die Dezentralisierung?“

Dezentralisierung soll laut der neuen marokkanischen Verfassung von 2011 weiter gestärkt werden. Doch wenn die Kommunen vom Königshaus kaum Verantwortung übertragen bekommen – ist es dann nicht nur eine nette Formulierung auf dem Papier?

Der Druck kommt mehr von oben als von unten. Die Dezentralisierung wird vom Königshaus als ein Instrument der Teilhabe erkannt. Der König will mit ihrer Hilfe auch mehr Ruhe in die Region bringen, während Teile der Bevölkerung Angst haben, dass ihnen damit Ressourcen genommen werden – beispielsweise illegale Waren, deren Verkauf den

Bürgern Geld einbringt. Wie sehr die Dezentralisierung bereits fortgeschritten ist, ist von Region zu Region verschieden. Einige Großstädte wie Tanger und Tétouan sind schon sehr weit – gerade auch, was Partizipation angeht.

Beim Thema Bürgerbeteiligung ist demnach einiges in Bewegung. Welchen Beitrag können deutsche Kommunen dazu leisten?

Eine Kooperation wie die mit Leipzig ist sehr willkommen. Deutsche Städte können Beratung für kommunale Verwaltungen anbieten. Sie können die Bürgermeister nach Deutschland einladen und in verschiedenen Bürgerbüros zeigen, was alles möglich ist. Und auch Hilfestellung für die Umsetzung solcher Einrichtungen in Marokko ist gefragt. Es wäre mit Sicherheit eine Bereicherung für beide Seiten, wenn Kommunalbeamte aus Deutschland mal einen Monat lang in marokkanischen Kommunen mitarbeiten würden – und umgekehrt.

Wo wollen Sie in einem Jahr stehen?

Wir würden bis dahin gerne weitere Büros in derselben Region auf den Weg gebracht haben, die im regelmäßigen Austausch mit neuen Initiativen anderer Regionen Marokkos stehen. Die Dynamik ist bereits da! Bei der Eröffnung des Bürgerbüros in Tétouan waren der Minister für Dezentralisierung und mehr als 20 Bürgermeister aus der Region anwesend. In der gesamten nationalen Presse wurde berichtet. Wir haben daraufhin von über 30 kleineren Städten Anfragen bekommen, ob wir dort nicht auch Bürgerbüros einrichten könnten. Es gibt also eine Menge zu tun.

Die Fragen stellte
Christine Rohrer, freie Redakteurin.

an-Al Hoceima werden nun Ende des Jahres eine Woche lang in Deutschland hospitierten, um sich unter anderem auch in Leipzig ein eigenes Bild von den dortigen Erfahrungen zumachen und Anregungen für ihre Arbeit in ihren marokkanischen Heimatkommunen mitzunehmen. | |



Silvia Haas
ist Leiterin der
Koordinierungsstelle
„Leipzig weiter denken“.

Fragiles Umfeld, stabile Partnerschaften

Wie deutsche Kommunen die Verbesserung kommunaler Dienstleistungen in Palästina unterstützen



Austausch am Rande der Besichtigung einer Marmorfabrik in Al-Doha, nahe Bethlehem im Westjordanland. Im Rahmen einer Fachinformationsreise besuchen Vertreterinnen und Vertreter deutscher Kommunen im März 2018 die palästinensischen Gebiete.

Foto: Engagement Global/Suhail Backleh

| Wencke Müller und Hans Frühauf

Als Rückgrat der öffentlichen Verwaltung sind Kommunen in den palästinensischen Gebieten dafür verantwortlich, die Bevölkerung mit Basisdienstleistungen zu versorgen. Doch der Konflikt mit Israel und damit einhergehend die wirtschaftliche und politische Krise erschweren das. Wie kann unter diesen Voraussetzungen eine angemessene Daseinsfürsorge gelingen?

Lange bevor die Palästinensische Autonomiebehörde gegründet und der Ruf nach einem international anerkannten und unabhängigen Staat Palästina laut wurde, prägten Städte und Gemeinden das Leben der Menschen im Westjordanland und Gaza. Jericho, Hebron, Nablus, Bethlehem – Städte wie diese blicken auf eine

viele tausend Jahre lange Geschichte zurück. Sie haben zahlreiche Konflikte, Herrscher und Epochen überstanden. Heute erbringen die knapp 150 Städte und über 250 Gemeinden wichtige Dienstleistungen in Palästina. Zudem sind sie die einzigen öffentlichen Institutionen, in denen Räte und Verwaltungschefs durch Wahlen regelmäßig demokratisch legitimiert werden.

Die Handlungsspielräume der palästinensischen Kommunen sind allerdings eingeschränkt – nicht nur durch den alles überschattenden Nahost-Konflikt, sondern auch durch Faktoren, die auf der internationalen Bühne wenig Beachtung finden. Zwischen zentraler und lokaler Ebene sind die Zuständigkeiten oft nicht geklärt. Das Kommunalgesetz schreibt jeder Kommune 27 Pflichtaufgaben vor wie Wasserversorgung, Straßenbau, Förderung der öffentlichen Gesundheit, Management von Grünflächen, Stromversorgung, Gewerbeauf-

sicht und vielfältige Aufgaben im sozialen Bereich. Doch keine Gemeinde und keine Stadt kann allen gleichzeitig gerecht werden. Unzureichende finanzielle Mittel machen es den Mitarbeitenden der Kammereien schwer, ausgeglichene Haushalte zu präsentieren. Und falls es ihnen doch gelingt, spiegeln die Budgets selten die Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger wider.

Um Struktur und Wandel in das Kommunalwesen zu bringen, hat das palästinensische Ministerium für Kommunalverwaltung 2017 eine sogenannte Sektorstrategie verabschiedet. Sie leitet das Handeln des Ministeriums und bietet den internationalen Partnern Orientierung.

Die Strategie soll gute lokale Regierungsführung und nachhaltige Entwicklung unter Beteiligung der Bürgerschaft ermöglichen und baut auf vier Pfeilern auf: rechtliche und institutionelle Rahmen der Gemeinden reformieren, finanzielle Ausstattung und Leistungska-

pazitäten verbessern, lokale Wirtschaftsentwicklung fördern, Beteiligungsverfahren stärken. Wenngleich das federführende Ministerium alles daran setzt, die Reformen zügig anzugehen, wird die Umsetzung der Strategie nur mit starken Partnern gelingen.

| Reformvorschläge aus Deutschland

Deutschland ist der zweitgrößte bilaterale Geber im Bereich der guten Regierungsführung. Die deutsche Bundesregierung unterstützt mit einem Reformprogramm zur Kommunalentwicklung die Umsetzung der palästinensischen Sektorstrategie in drei der vier Reformfelder. Gemeinsam mit dem Kommunalministerium, mit Gemeinden sowie Einwohnerinnen und Einwohnern arbeitet die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an den gewünschten Veränderungen.

Im Rahmen des Reformprogramms kooperiert die GIZ zum Beispiel mit der Verwaltung von Nablus, der drittgrößten Stadt in der Westbank. Dort wurde gerade der lokale Entwicklungsplan von der Stadtverwaltung überarbeitet. Er beschreibt die Vorhaben der folgenden vier Jahre und die dafür notwendigen Investitionen. Ein palästinensisches Novum sind Methoden der Bürgerbeteiligung: Auf einer von deutscher Seite unterstützten Bürgerjournalismus-Plattform im Netz berichten junge Menschen täglich über lokale Belange; ihre Themen reichen von Verkehrsplanung über Wasserversorgung bis hin zur Sicherheit von Lebensmitteln. Außerdem finden öffentliche Anhörungen zu diesen Themen statt. Bald soll auch der Haushalt abrufbar sein. Dann können Bürgerinnen und Bürger verfolgen, wofür die städtischen Einnahmen aus Steuern und Gebühren ausgegeben werden. Die in Nablus gesammelten Erfahrungen verschwinden nicht in der Schublade, sondern bieten Stoff für Diskussionen über weitere Reformen im Land.

| Partnerschaftlich Projekte realisieren

Neben der staatlichen deutsch-palästinensischen Entwicklungszusammenarbeit über die GIZ stärken kommunale Partnerschaften und dezentrale Kooperation die Gemeinden und Städte. Partnerschaftlich kleine Projekte reali-

sieren, gemeinsam an Lösungsansätzen arbeiten und kommunale Expertise austauschen, das kann viel bewirken – Lebensbedingungen werden verbessert, Institutionen auf kommunaler Ebene gestärkt und somit demokratische Strukturen gefördert.

Der Austausch auf kommunaler Ebene verbindet die Menschen und beteiligt sie direkt. Nablus beispielsweise arbeitet seit 2014 zusammen mit Nürnberg in einer Projektpartnerschaft. 2016 installierten die Projektpartner eine Photovoltaik-Anlage auf der Kläranlage von Nablus und schlossen sie an das lokale Stromnetz an. Die Stadt in den Palästinensischen Gebieten profitiert vom kommunalen Know-how aus Nürnberg im Bereich der Erneuerbaren Energien. Neben der interkulturellen Öffnung der Verwaltung lernt Nürnberg im Rahmen der Partnerschaft auch, wie Projekte unter schwierigen Bedingungen umgesetzt werden können.

Mit inzwischen 13 Partnerschaften hat sich die Zahl deutsch-palästinensischer kommunaler Partnerschaften seit 2011 verdreifacht. Deren Themen sind vielfältig: lokale Wirtschafts- und nachhaltige Tourismusförderung, Abwasseraufbereitung, Ausbildung und Beschäftigung. Ergänzend zur konkreten Partnerschaftsarbeit über Ländergrenzen hinweg wird auch der interkommunale Fachaustausch innerhalb Palästinas gefördert. Das ist besonders wertvoll, denn ein palästinensischer Kommunalverband entsteht gerade erst. Gefördert werden die Partnerschaften durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global im Auftrag des BMZ. In den nächsten Jahren wird die kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Palästina weiter ausgebaut: So sollen die Zahl der Partnerschaften steigen und sowohl bestehende Partnerschaften als auch ihre Verbindungen untereinander gefestigt werden.

| Innovation durch „Technical Hubs“

Engagement Global und die GIZ arbeiten bei der Umsetzung ihrer Projekte eng zusammen. Als besonders fruchtbar erweist sich diese Kooperation bei der Verzahnung des kommunalen Know-hows aus Deutschland mit dem aus Palästina. Das geschieht zum Beispiel im Rahmen sogenannter *Technical Hubs*. Diese durch

die GIZ geförderten kommunalen Städtenetzwerke in Palästina sammeln Erfahrungen und Fragestellungen ihrer Mitglieder in Arbeitsgruppen und bringen innovative Ideen hervor.

Personal aus Kämmerei, Stadtplanung, Verwaltung und anderen kommunalen Feldern – etwa 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Hub – tauscht sich in ihnen aus und gibt sich gegenseitig neue Denkanstöße. So zum Beispiel zu den Themen erneuerbare Energien, Steuereinnahmen auf lokaler Ebene oder Stadtmarketing. Die so entstandenen Lösungsideen werden entweder direkt in den Städten umgesetzt oder als Empfehlungen an das Kommunalministerium gegeben, um dort die nationalen Reformen voranzubringen. Seit 2016 erweitert die Expertise aus den Kommunalpartnerschaften den Wissenspool der *Technical Hubs* zusätzlich. Von dieser Zusammenarbeit zwischen deutschen Expertinnen und Experten, ihren palästinensischen Partnerkommunen und dem breiten Netzwerk der Städte profitieren nicht nur die direkt Beteiligten, sondern auch die SKEW und die GIZ: Beratungsansätze können noch besser aufeinander abgestimmt, wertvolle neue Erkenntnisse in zukünftigen Einsätzen direkt angewendet werden.

Der kommunale Austausch kann den politischen Konflikt nicht lösen. Aber er kann greifbare Ideen und Lösungsansätze hervorbringen. Der Fokus liegt auf Innovation, Praxisnähe und Lernprozessen – wichtige Aspekte in einem fragilen Umfeld. | |



Wencke Müller

ist Projektleiterin „Kommunale Partnerschaften Nahost“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global.



Hans Frühauf

ist Clusterkoordinator und Programmleiter für das Reformprogramm zur Kommunalentwicklung der GIZ in Palästina.

Engagement möglich machen

Finanzielle Unterstützung für kommunale Entwicklungspolitik

Ein entwicklungsbezogenes Projekt soll begonnen oder ausgebaut werden, doch die kommunalen Mittel sind begrenzt? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global bietet Hilfen: Mit den folgenden Angeboten können kommunale Akteure bei ihren Aktivitäten in der MENA-Region gefördert werden.

| Initiative Kommunales Know-how für Nahost

Deutsche Kommunen können eine wichtige Rolle bei der Stärkung von flüchtlingsaufnehmenden Kommunen rund um Syrien übernehmen. Deshalb hat das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die „Initiative Kommunales Know-how für Nahost“ ins Leben gerufen. Gefördert wird partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Aufnahmekommunen in Jordanien, im Libanon sowie in der Türkei und deutschen Akteuren. Sie fachlich austauschen und konstruktiv miteinander arbeiten – das steht im Mittelpunkt.

Für den Aufbau oder die Intensivierung der partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit Aufnahmekommunen in Nahost lässt sich eine finanzielle Förderung als Vollfinanzierung beantragen. Mit den Finanzierungsinstrumenten „Schnellstarterpaket Nahost I und II“ können Projektpartnerschaften geplant und entwickelt oder bestehendes Engagement vertieft werden.

Die Initiative wird durch die SKEW gemeinsam mit dem Kooperationsprojekt Connective Cities, Internationale Städte-Plattform für nachhaltige Entwicklung, realisiert. <http://www.initiative-nahost.de>

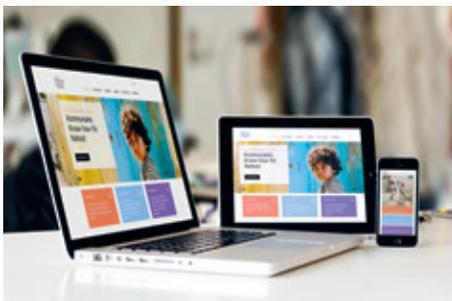


Foto: Engagement Global

| Kommunalen Wissenstransfer Maghreb-Deutschland

Förderung von Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen deutschen Kommunen und Kommunen in Algerien, Marokko und Tunesien steht im Mittelpunkt des Projekts „Kommunalen Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“. Innerhalb von Projektpartnerschaften arbeiten die deutschen und nordafrikanischen Beteiligten gemeinsam an der Umsetzung spezifischer Vorhaben im Maghreb. Die Projekte orientieren sich am jeweiligen Bedarf der maghrebischen Kommunen und reichen von Abfallwirtschaft, Mobilität, Energie und Klima über Bürgerbeteiligung bis hin zu Stadtentwicklung und -sanierung. Zielgruppe sind Kommunal- und Kreisverwaltungen, städtische Fachexperten und kommunale Unternehmen.

Durch vielfältige Formen der Zusammenarbeit fließt das Know-how der deutschen Kommunen in die gemeinsamen Projekte ein: Kurzzeiteinsätze von Fachexperten, Projektbesuche oder Hospitationen. Für die deutschen Beteiligten werden außerdem Qualifizierungskurse und Veranstaltungen zur Vernetzung angeboten.

Durchgeführt wird das Projekt von der SKEW gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Auftrag des BMZ.

<https://skew.engagement-global.de/wissenstransfer-maghreb-deutschland.html>

| Deutsch-palästinensische kommunale Partnerschaften

Angesichts der politischen Rahmenbedingungen – begründet im ungelösten israelisch-palästinensischen Konflikt – stehen besonders die Kommunen in den palästinensischen Gebieten vor schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben. Kommunale Partnerschaften können dazu beitragen, die Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung zu verbessern und die Institutionen auf kommunaler Ebene zu stärken.

Die SKEW unterstützt im Auftrag des BMZ gemeinsam mit der GIZ und in Kooperation

mit dem Deutschen Städtetag (DST) Partnerschaften und Projekte mit Angeboten zu Fachaustausch, Information und Vernetzung. Angesprochen sind sowohl deutsche Kommunen und ihre palästinensischen Partner als auch Kommunen, die noch keine Beziehung in die Region haben.

<https://skew.engagement-global.de/partnerschaften-mit-kommunen-in-den-palaestinensischen-gebieten.html>

| Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)

Kommunen und kommunale Spitzenverbände können mit Nakopa eine Bezuschussung ihrer Partnerschaftsprojekte beantragen. Inhaltlich muss sich das Projekt klar auf den developmentspolitischen Wirkungskreis der Kommunen beziehen und einem der

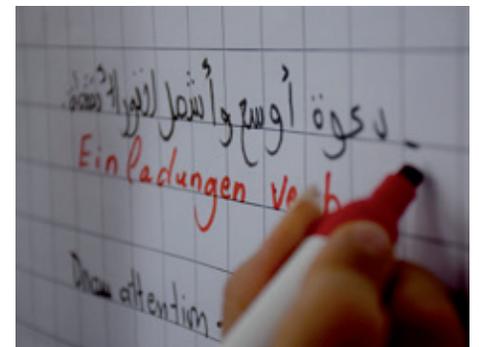


Foto: Julian Stief

Themen Nachhaltige Daseinsvorsorge, Good Local Governance oder Klimaschutz und Klimaanpassung zuzuordnen sein. Berücksichtigung finden außerdem Vorhaben, die die Themen Migration und Entwicklung oder Fairer Handel auf kommunaler Ebene mit der Partnerschaftsarbeit innovativ verbinden.

Die Höhe der Zuschüsse ist abhängig von Art und Umfang des Vorhabens und beträgt in der Regel zwischen 20.000 und 250.000 Euro. In begründeten Ausnahmefällen kann für Partnerschaften, denen nachweisbar eine intensive thematische Zusammenarbeit vorausgegangen ist, ein Zuschuss bis zu 500.000 Euro gewährt werden. Die Gelder sind prioritär im Partnerland einzusetzen. Der kommunale Eigenanteil beläuft sich auf

mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben. Die Laufzeit der Projekte darf insgesamt drei Jahre nicht überschreiten.

<https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>

| Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik

Ziel des Fonds ist es, interessierten Kommunen, Kommunalverbänden und kommunalen Unternehmen Hilfen zum Einstieg in neue Maßnahmen und Partnerschaften der Entwicklungspolitik zu geben. Bezuschusst werden Vorhaben zu Bildungsarbeit, Strategieentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnung. Die Höhe des Zuschusses durch den „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ beträgt pro Projekt mindestens 1000 und maximal 20.000 Euro. Der kommunale Eigenanteil beläuft sich dabei auf mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben. Die maximale Laufzeit beträgt

zwölf Monate im laufenden Haushaltsjahr. Die Maßnahmen müssen in diesem Zeitraum umgesetzt werden.

<https://skew.engagement-global.de/kleinprojektfonds.html>

| Koordination kommunaler Entwicklungspolitik

Seit 2016 wird im Rahmen des SKEW-Angebots „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ ein Zuschuss für Personalressourcen für den Tätigkeitsbereich der kommunalen Entwicklungspolitik vergeben. Bei der Beantragung einer Koordinationsstelle muss ein entwicklungspolitisches Projektziel festgelegt werden, das durch den Einsatz der Koordinatorin bzw. des Koordinators erreicht werden soll. Damit sollen Grundlagen und Strukturen geschaffen werden, die auch über den Förderzeitraum hinaus eine Behandlung des Themas ermöglichen. Die



Foto: Engagement Global/Martin Magunia

Projektlaufzeit beträgt maximal 24 Monate. Gefördert werden bis zu 90 Prozent der Gesamtausgaben; mindestens zehn Prozent müssen vom Antragsteller in Form von Eigen- und/oder Drittmitteln erbracht werden. <https://skew.engagement-global.de/koordination-kommunaler-entwicklungspolitik.html> | |

Anzeige

WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Klimawandel und Umweltschutz
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

WELT-SICHTEN analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter www.welt-sichten.org oder Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 9-2018 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion: Christine Rohrer (freie Redakteurin); Nadja Bonarius; Dr. Stefanie Hanke; Kurt-Michael Baudach (SKEW); Anja Ruf (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Matthias Koch

Verantwortlich i.S.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy, SKEW, Engagement Global gGmbH

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“
Postfach 50 05 50
D-60394 Frankfurt/Main
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:
service-eine-welt@engagement-global.de



Machen Sie mit uns die ersten Schritte

Kommunen, die sich ihrer globalen Verantwortung stellen, sind Vorbild für ihre Bürgerinnen und Bürger. Mit nachhaltigen Projekten bereichern sie die Menschen lokal um das Wissen der Einen Welt. Fachliche und finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung erhalten Sie von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.

Wir beraten Sie · Telefon: 0228 20 717-670 · www.kommunal-global-engagiert.de



mit ihrer



Im Auftrag des

